

Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung
z. Hd. Horst Wepler
Hamburger Landstraße 101
24768 Rendsburg

Kiel, 19. April 2022

Beantwortung der Fragen zur festen Fehmarnbelt-Querung

1. Gesamtlärm

Die Problematik des Gesamtlärms, also die gemeinsame Betrachtung von Schallausbreitungen verschiedener Bauträger, ist beim Bau der Bahn-Anbindung von großer Bedeutung. Sie hat auch in den Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung Eingang gefunden. Wie könnte eine Landesregierung unter Beteiligung ihrer Partei dieses Thema voranbringen und im Sinne der betroffenen Bevölkerung handeln?

Wir begrüßen ausdrücklich die Festschreibung im Bundeskoalitionsvertrag, die schnellstmöglich umzusetzen ist: „Wir wollen Lärmbelastungen durch den Verkehr reduzieren, setzen uns für eine Reduzierung von mutwilligem Lärm ein und sorgen für mehr aktiven und passiven Lärmschutz. Um zu angemessenen Lärmschutzmaßnahmen zu kommen, werden wir die gesamte Lärmsituation berücksichtigen. Die Lärmsanierungsprogramme für Bundesfernstraßen und Schienenwege werden wir besser finanzieren. Innovative Technik zur Lärmvermeidung, so für neue Güterwagen, werden wir bis zur Markteinführung unterstützen.“ Unsere Aufgabe im Land ist es, die regionalen Forderungen für eine funktionierende und leistungsfähige Hinterlandanbindung und für übergesetzliche Lärm- und Erschütterungsschutzmaßnahmen so gut wie möglich umzusetzen. Zudem sind Beeinträchtigungen während der Bauphase entlang der Trasse der Festen Fehmarnbeltquerung, u.a. durch Lärmbelastung, so gering wie möglich zu halten. Im Gegensatz zur jetzigen Landesregierung sehen wir es auch als eine Aufgabe des Landes an, hier ggf. einen Anteil zu leisten.

2. Chancen der festen Fehmarnbelt-Querung

Im September letzten Jahres hat sich das Fehmarnbelt-Dialogforum in einer Sondersitzung mit den Chancen und der Minimierung von Risiken des Baus der festen Fehmarnbelt-Querung beschäftigt. Wo sehen sie solche Möglichkeiten und wie könnten sie sich als Mitglied einer Landesregierung eine Unterstützung der Region vorstellen und wo würden sie sich auch finanziell einbringen? Wie kann sichergestellt werden, dass die Umweltbelastung

durch die Baumaßnahmen nicht die CO₂ Bilanz ins Negative bringt? Wie können beispielsweise die Landesplanung die neu entstehende Verkehrsinfrastruktur für Gewerbegebiete und Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs sinnvoll unterstützen? Wie kann sichergestellt werden, dass die Gemeinden nicht durch die Erhaltung der Fehmarnsund-Brücke zusätzlich belastet werden.

– Chancen, Risiken-

Die FFBQ ist ein zentrales Infrastrukturvorhaben mit einer wesentlichen Bedeutung für die Wirtschaft unseres Landes und das europäische Zusammenwachsen. 2021 hat die SPD im Landtag umfangreiche Maßnahmen zur Maximierung der Chancen und Minimierung der Risiken gefordert, die sich durch den Bau der FFBQ für die Region und das Land ergeben. Wir fordern u. a. eine Verkehrsstrategie, die Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen zum Vorteil der Mobilität der Bevölkerung vor Ort, eine Lösung für die Bäderbahnstrecke, die Stärkung der Wirtschaftsachse entlang der A1, ein Beratungsangebot u.a. für Pendler*innen (ähnlich zum Infocenter Padborg), die Entwicklung einer gemeinsamen Tourismusstrategie, den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Intensivierung der deutsch-dänische Forschungszusammenarbeit, eine Ausweitung des Austausches in Schule, Kultur, Sport und Naturschutz usw.¹ Hier werden wir als Landesregierung anknüpfen.

– Umweltbelastung-

Die Umweltbelastungen sind so gering wie möglich zu halten und ökologische Ausgleichsmaßnahmen müssen im größtmöglichen Umfang getroffen werden. Eine SPD-geführte Landesregierung soll hier für ein transparentes und offenes Verfahren sorgen.

– Landesplanung-

Die Mobilität der Zukunft erfordert eine übergreifende Verkehrsplanung des Landes, die mit der Siedlungs- und Flächenplanung verknüpft ist und die Vernetzung mit der Metropolregion Hamburg und unseren dänischen Nachbar*innen gewährleistet. Das Land muss eine Verkehrsstrategie in Zusammenarbeit mit Dänemark entwickeln und die Kommunen bei ihrer Gewerbeentwicklung unterstützen, wie von der SPD-Landtagsfraktion bereits gefordert. Wir setzen uns für ein zusätzliches 3. und 4. Gleis zwischen Pinneberg und Elmshorn ein. Dieses entlastet den sog. Knoten Hamburg und verringert die Stausituation Richtung Hamburg auf der Schiene massiv. Auch durch eine stärkere Nutzung der Nordpolar-Route für den Güterverkehr ergeben sich Chancen für unsere Häfen. Wir wollen uns schon jetzt positionieren, um zu einer wichtigen Station auf dieser potenziellen neuen globalen Güterverkehrsachse zu werden. Dies beinhaltet die Schaffung erforderlicher infrastruktureller Voraussetzungen.

-Erhalt Fehmarnsund-Brücke-

In einer kleinen Anfrage² hat die SPD erfragt, ob der aufnehmende Baulastträger der Fehmarnsundbrücke dauerhaft Ausgleichszahlungen vom abgebenden Baulastträger erhalten wird, denn aufgrund der sehr komplexen Bauweise und den Denkmalschutzauflagen der Fehmarnsundbrücke fallen dauerhaft hohe Erhaltungskosten für dieses Bauwerk an. Die Landesregierung antwortete: „Da der Umgang mit den Erhaltungskosten von dem zukünftigen Modell der Baulastträgerschaft abhängig sein wird, ist die Abstimmung mit dem

¹ <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03000/drucksache-19-03034.pdf>

² <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03600/drucksache-19-03657.pdf>

Bundesverkehrsministerium abzuwarten.“ Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinden bzw. der Kreis nicht für die Erhaltung der Fehmarnsundbrücke zusätzlich belastet werden. Die nicht vom Bund getragenen Kosten müssen vom Land übernommen werden.

3. Bundestagsbeschluss zum übergesetzlichen Lärmschutz

Der Beschluss des Deutschen Bundestags aus 2020 hat viele Bereiche der Forderungen der Region zum Thema übergesetzlichen Lärmschutz im Sinne der Region geregelt. Einige Themen sind aber noch offen bzw. an die Landesregierung adressiert. Das gilt insbesondere für

- Eine Steilwand in Sierksdorf
- Lärmschutz für Wohngebiete, die nicht in einem B-Plan als WA ausgewiesen sind, aber den Charakter eines Wohngebietes haben
- Verwendung lärmschonender Materialien

Wie würden sie als Mitglied einer zukünftigen Landesregierung diese noch ausstehenden Forderungen angehen?

Wir wollen einen Schienenverkehr, bei dem übergesetzlicher Lärmschutz eine herausragende Rolle erhält und haben uns in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass dort, wo bisher keine Einigung über das gesetzliche Mindestmaß hinaus erzielt wurde, in weiteren Mediationsverfahren mit den betroffenen Kommunen eine einvernehmliche Lösung erarbeitet wird. Allerdings muss immer individuell entschieden werden, wo übergesetzlicher Lärmschutz sinnvoll und baulich bzw. rechtlich umsetzbar ist, dies gilt auch für die von Ihnen genannten Punkte. Für uns gilt weiter: Die Auswirkungen für die Anwohner*innen müssen so gering wie möglich gehalten werden. Der Einsatz lärmschonender Materialien kann dazu beitragen. Wir stehen zu den Forderungen des Projektbeirats und des Dialogforums zu übergesetzlichen Lärm- und Erschütterungsschutzmaßnahmen und erwarten hier das Engagement einer SPD-geführten Landesregierung. Offene Fragen, u. a. zum Lärm- und Erschütterungsschutz, sind abschließend zu klären.

4. Bau- und Baustellenkoordination

Im Zusammenhang mit dem Bau des Fehmarnbelt-Tunnels und der Bahn-Anbindung finden zahlreiche Baumaßnahmen statt, die sehr unterschiedliche Vorhabenträger haben. Dies betrifft nicht nur Straßen- und Schienenvorhabenträger aller Ebenen, sondern auch Stromnetze, Gas- und Wasserleitungen. Wie kann aus ihrer Sicht eine sinnvolle Koordinierung der zahlreichen Baustellen organisiert werden, welche Kosten könnten entstehen und wer sollte diese tragen?

Beim Bau der FFBQ ist eine Baustellenkoordination unerlässlich. 2021 haben wir bereits ein Konzept gefordert zur Entlastung der Region während der zu erwartenden verkehrlichen Belastungen im Zuge der Bauphasen in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Hierzu ist die Einsetzung eines Baustellen- und Verkehrskoordinators bzw. einer Baustellen- und Verkehrskoordinatorin vorzusehen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen und haben das Thema für den Wirtschaftsausschuss beantragt. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für die Zukunft unserer Mobilität insgesamt besser nutzen. Das Land soll dafür eine digitale Plattform bereitstellen, die von allen Kommunen für Baustellen- und Verkehrsplanung genutzt werden kann.

Dabei müssen wir Dänemark und Hamburg einbinden. Hamburg nutzt das System ROADS, das auch für Schleswig-Holstein beispielhaft sein könnte und zudem eine Koordination mit Hamburg ermöglichen würde. So können geplante Baustellen, wie der Bau der Hinterlandanbindung der FFBQ auf deutscher Seite (Schiene und Straße), besser aufeinander abgestimmt werden, um Staus bzw. Verkehrschaos zu reduzieren.

